#06 November / Dezember 2025 | 35. Jahrgang

Wucher-Wahnsinn beendet | **Seite 3**
Mietwucher-Stelle erfolgreich

Spar-Spirale stoppen | **Seite 4**
Kürzungen im Haushalt

Elite endlich einbeziehen | **Seite 5**
Erbschaftssteuer für Superreiche

# klar.links

Die Linke
Friedrichshain-Kreuzberg

Foto: Damiano Valgolio

## Plattform-Beschäftigte schützen!

Egal wie mies das Wetter ist – die Kuriere von Lieferando sind mit dem Fahrrad unterwegs und liefern Essen aus. Meist ohne Toiletten oder einen Ort zum Aufwärmen. Obwohl der Arbeitgeber dafür sorgen müsste. Die Linke leistet hier praktische Solidarität: Zusammen mit der Gewerkschaft NGG und dem Berliner LWC öffnen wir unsere Wahlkreisbüros und Geschäftsstellen in Berlin. Die Kuriere können sie als Anlaufstellen nutzen, ausruhen und sich versorgen. Und sie bekommen Informationen von der Gewerkschaft und dem Betriebsrat.

Das Geschäft der digitalen Plattformen boomt. Egal ob Essenslieferung von Lieferando oder Fahrservice über Uber: Immer mehr Dienstleistungen werden digital bestellt und abgewickelt. Die bekannten Plattformen treten dabei nur als Vermittler auf – und machen oft riesige Gewinne.
Nicht so rosig sieht es bei den Arbeitsbedingungen aus: Die Beschäftigten arbeiten meist als Selbstständige oder haben Arbeitsverträge mit kleinen Subunternehmen. Schwarzarbeit, illegale Niedrigstlöhne und schwere arbeitsrechtliche Verstöße sind an der Tagesordnung. Die Plattformen machen sich einen schlanken Fuß und weisen jede Verantwortung für die Arbeitsbedingungen bei ihren Subunternehmen von sich.
Um das dreckige Geschäft mit den Subunternehmen zu beenden, fordert Die Linke ein Direktanstellungsgebot für Lieferdienste. Das bedeutet, die Kuriere müssen einen direkten Arbeitsvertrag mit der Plattform haben. In der Fleischindustrie konnte mit einer solchen Regelung bereits die heftigste Ausbeutung beendet werden. Insgesamt muss die EU-Plattformrichtlinie konsequent in deutsches Recht umgesetzt werden. Damit auch die übrigen Plattformen wie Uber direkt für die Arbeitsbedingungen verantwortlich sind.
Auch der Senat kann sofort handeln. Laut Nachweisgesetz müssen Beschäftigte einen schriftlichen Arbeitsvertrag erhalten. Darin muss genau stehen, wer der Arbeitgeber ist und wie sich der Lohn zusammensetzt. Bei Lieferdiensten und anderen Plattformen wird häufig dagegen verstoßen. Ohne Vertrag können die Beschäftigten ihre Rechte kaum durchsetzen. Obwohl das Land Berlin für die Durchsetzung des Nachweisgesetzes zuständig ist und massenhaft dagegen verstoßen wird, gibt es weder Kontrollen noch Bußgelder.

**Das muss sich ändern!**

Damiano Valgolio, *Mitglied des Abgeordnetenhauses*

### Berlin muss wieder bezahlbar werden!

Ich kandidiere als **Bürgermeister-kandidatin** für Die Linke Berlin zur Abgeordnetenhauswahl im nächsten Jahr, weil ich möchte, dass Berlin wieder bezahlbar wird. Die Mieten explodieren, Schulgebäude sind marode, Busse und Bahnen überfüllt und überall herrscht Personalmangel. Viele Menschen fühlen sich inzwischen wie Gäste in der eigenen Stadt, weil sie zunehmend nur noch für diejenigen gut funktioniert, die sich teure Eigentumswohnungen und Privatschulen leisten können. Und der Senat schaut dabei einfach zu und gießt durch den jüngsten Kürzungshaushalt auch noch Öl ins Feuer. Deswegen wollen wir als Linke Berlin den CDU-Bürgermeister Kai Wegner im Roten Rathaus ablösen, die Mietenexplosion stoppen und endlich den Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« umsetzen. Illegale Vermietungspraktiken müssen unterbunden werden und wir brauchen mehr sozialen Wohnungsneubau. Eine soziale und auf gleiche Teilhabe abzielende Politik ist dringend nötig, statt der von der CDU angeführten rassistischen Debatten zum Stadtbild oder Rufe nach noch mehr Abschiebungen. Gemeinsam mit unseren vielen neuen Mitgliedern und der engagierten Zivilgesellschaft Berlins nehmen wir den Kampf um unsere Stadt auf – für ein Leben in Würde für alle.

Elif Eralp, *Mitglied im Abgeordnetenhaus für Die Linke*

# Jetzt reicht´s!

# Der Hedera Gruppe den Hahn abdrehen!

Der Umgang der Hedera Gruppe mit ihren über 700 Wohnungen am Hafenplatz ist schon seit langem von einer völlig mangelhaften Bewirtschaftung der Wohnanlage gekennzeichnet. Den Menschen, die hier ihr Zuhause haben, wird das Leben in einem weitgehend verwahrlosten Umfeld zugemutet.
Dass sich diese skandalöse Situation noch steigern lässt, sehen wir aktuell: Weil die von den Mieter*innen geleisteten Vorauszahlungen für Wasser in Höhe von fast 800.000 Euro monatelang nicht an die Berliner Wasserwerke abgeführt wurden, drohte die Sperrung der Wasserversorgung und damit die Obdachlosigkeit der Mieter*innen. Nur durch schnelles Handeln des Bezirks konnte dies abgewendet werden. Der Bezirk wird für die nächsten zwei Monate die Abschlagszahlungen übernehmen. Danach sollen die Mieter*innen ihre Vorauszahlungen für Wasser an einen vom Bezirk beauftragten Dritten überweisen, der die Zahlungen an die Wasserwerke weiterleitet.
Wir meinen: Jetzt reicht's! Statt den Mieter*innen das Wasser sollte der Hedera Gruppe der Hahn abgedreht werden! Wir halten es für zwingend geboten, der Eigentümergesellschaft die Verfügungsrechte über den Hafenplatz zu entziehen und einen Treuhänder einzusetzen. Das Wohnungsaufsichtsgesetz ermöglicht das. Zur Gefahrenabwehr muss der Senat unverzüglich eine städtische Wohnungsbaugesellschaft mit dieser Aufgabe betrauen und das bezirkliche Treuhandverfahren unterstützen. Denn es ist zu befürchten, dass andere Versorger wie z. B. Vattenfall ebenfalls Abschlagszahlungen nicht erhalten und dann auch die Wärmeversorgung gefährdet ist.
Während die Hedera also auf der einen Seite hochfliegende Abriss- und Neubaupläne für das Areal schmiedet, bedient sie sich gleichzeitig am Geld der Mieter*innen, um ihre klammen Kassen zu füllen. Dies macht deutlich, dass die einzige Entwicklungsperspektive für den Hafenplatz im Sinne der dort Wohnenden nur eine Kommunalisierung sein kann.
Auf Initiative der Linken wurde durch die BVV bereits beschlossen, dass das Bezirksamt u.a. ein Bausubstanzgutachten beauftragt, um notwendige Sanierungsmaßnahmen der Wohnanlage einschätzen zu können. Unser Ziel ist der Bestanderhalt und der bezahlbare Wohnraum. Dazu müssen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um bei einem Verkauf durch Hedera das städtebauliche Vorkaufsrecht ausüben zu können. Dazu muss der Senat schon jetzt eine städtische Wohnungsbaugesellschaft beauftragen und finanziell in die Lage versetzen, in einen solchen Kauf einzutreten. Die Linke wird dies im Bezirk und auf Senatsebene massiv einfordern.

Kerima Bouali,
*Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg*

# Neue Doppelspitze im Bezirksvorstand
## der Linken Friedrichshain-Kreuzberg

Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg hat auf der Hauptversammlung Mitte September eine neue Doppelspitze gewählt: Mit Monika Dahl und Florian Gutsche übernehmen zwei langjährige und engagierte Genoss*innen den Vorsitz von Kerstin Wolter, die bereits im Mai neue Landesvorsitzende der Linken Berlin wurde.

Monika Dahl, 60, ist Filmemacherin und lebt in Kreuzberg. Ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen stammend, war sie lange Zeit Lehrerin und stellvertretende Landesvorsitzende der GEW NRW. Politisch geprägt wurde sie in den 1980er Jahren durch die Anti-Atom- und Friedensbewegung, später engagierte sie sich in bildungs- und sozialpolitischen Fragen. Seit der Parteigründung 2007 ist sie Mitglied der Linken und seit ihrem Umzug nach Berlin 2022 aktiv im Bezirksverband Kreuzberg. Über Haustürgespräche und Stadtteilarbeit ist sie schnell im Bezirk angekommen und bringt ihre Erfahrungen aus Bewegung, Bildung und Kultur in die politische Arbeit ein. Ihr Co-Vorsitzender Florian Gutsche ist fast 37 Jahre alt und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag. Er trat 2017 während seines Studiums in Die Linke ein – aus dem Wunsch heraus, eine starke linke Partei zu unterstützen, die kompromisslos soziale Gerechtigkeit und Antifaschismus konsequent vertritt. Neben seiner Parteiarbeit ist er Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA). Gemeinsam wollen Dahl und Gutsche die sozialen Kämpfe im Bezirk stärken: gegen steigende Mieten, gegen Armut und den sozialen Kahlschlag durch den schwarz-roten Senat, für solidarische Lösungen vor Ort. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Vorbereitung des kommenden Wahljahres – für eine starke Linke und ein Friedrichshain-Kreuzberg, in dem sich die Menschen und nicht die Konzerne wohlfühlen.

Yvonne Elfriede Hein,
*stellv. Bezirksvorsitzende der Linken Friedrichshain-Kreuzberg*

# Ein Hoffnungsschimmer auf dem Wohnungsmarkt

Bezahlbares Wohnen bleibt eines der bedeutendsten und drängendsten Problemen in der Stadt, insbesondere in den Ballungszentren. Generelle Wohnraumknappheit, fehlende Mietschutzregeln, Ferienwohnungen, Leerstand, der von schwarz-rot ausgesetzte Mietenstopp bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und vor allem die Profitgier von Wohnungskonzernen und Immobilienfonds üben erheblichen Druck auf den Markt aus.
Allein in Kreuzberg sind im dritten Quartal die Mieten um 5,55 Prozentpunkte auf 16,54€/qm im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, teilweise werden für Neuvermietungen bis zu 30€/qm verlangt.
Eindeutige Fälle von Mietwucher. Juristisch ist Mietwucher im Strafgesetzbuch (StGB) beziehungsweise im Wirtschaftsstrafgesetzbuch (WiStG) geregelt. Von Mietwucher spricht man bei einer um mindestens 20 Prozent höheren Miete als die ortsübliche Vergleichsmiete. In diesem Fall liegt eine Ordnungswidrigkeit laut §5 WiStG vor. Ist die Miete sogar höher als 50 Prozent der Vergleichsmiete, ist es eine Straftat laut §291 StGB. Problem ist, dass die Beweisführung hierbei bei den Mietenden liegt. Außerdem ist in beiden Fällen der Nachweis zu erbringen, dass die vermietende Person die Zwangslage der mietenden Person ausgenutzt hat, und keine andere, günstigere Wohnung in der Umgebung gefunden wurde. Da dies sehr schwierig und kompliziert nachzuweisen ist, sind Mietende vor erhebliche Hürden gestellt, um ihre Rechte geltend zu machen. So finden die Paragraphen in der Praxis kaum Anwendung. Die Ressourcen zur Umsetzung fehlen auch, weil der aktuelle Senat aus CDU und SPD der Schaffung eines Landeswohnungsamt eine Absage erteilt hat; er verweist auf die Bezirke.

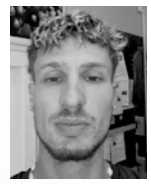
> Allein in **Kreuzberg** sind im dritten Quartal die Mieten um **5,55 Prozentpunkte** auf 16,54€/qm gestiegen.

Im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat die Linke-Stadträtin und stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Regine Sommer-Wetter eine Stelle zur Überprüfung von Mietwucher geschaffen und den ersten rechtskräftigen Bußgeldbescheid ausgestellt. Im besagten Fall hatte die Vermieterin eine um 190 Prozent höhere Miete verlangt als die ortsübliche Vergleichsmiete. Gegen den Bußgeldbescheid, den das Bezirksamt ausstellte, hatte die Vermieterin zunächst Einspruch eingelegt.

> Vermieterin verlangte eine um **190 % höhere Miete** als die ortsübliche Vergleichsmiete

Einen Tag vor der angesetzten Gerichtsverhandlung zog sie ihn jedoch zurück, wodurch der Bescheid rechtskräftig wurde. Folge sind ein Bußgeld für die Vermieterin in Höhe von 26.253,50 € und die Rückzahlung der zu viel gezahlten Miete von circa 22.000 €.
Nun sollen mehr Stellen im Bezirksamt geschaffen werden, die sich mit der Prüfung von Mietwucher befassen.

**Die Linke im Bundestag hat im Mai außerdem ein Gesetz eingebracht,** das die Beweisführung für die Vermietenden vereinfachen soll. Im Bundesrat liegt dazu schon seit Mai 2024 ein Gesetzesentwurf. Der Verlauf gibt Hoffnung, dass das Anzeigen von Mietwucher kein Einzelfall bleibt und das Friedrichshain-Kreuzberg mit der Schaffung einer Stelle für das Anzeigen von Mietwucher Vorbild für andere Bezirke und Gemeinden wird.



Cosmo Cetin,
*Mitglied der Linken Friedrichshain-Kreuzberg*

- Nach § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzbuch (WiStrG) wird eine Miete dann als Mietwucher eingestuft, wenn sie mehr als 20 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete (OVM) liegt.
- Bei einer Überschreitung von mehr als 50 % kann sogar eine Straftat im Sinne des § 291 StGB vorliegen (»Wuchermiete«), die mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden kann. Hier muss der:die Mieter:in aber nachweisen, dass eine Notlage, Unerfahrenheit oder Krise auf dem Wohnungsmarkt ausgenutzt wurde
- Seit dem Start der Mietwucher-App der Linken im Bundestag im November 2024 wurde der Rechner alleine in Berlin fast 32.000-mal genutzt, wobei die rechtlich zulässige Miete in 22.735 Fällen (71,3 Prozent der Fälle) überschritten wurde.
- Die ortsübliche Vergleichsmiete wurde im Durchschnitt aller Berechnungen um mehr als 50 Prozent überschritten
- Neue Auswertungen der App-Daten zeigen, wie groß das Ersparnis der Mieter*innen und App-Nutzer*innen wäre, würde Mietwucher in Berlin effektiv verfolgt. Eine Absenkung auf das rechtlich zulässige Maß (OVM + 20 Prozent), würde bei allen Nutzer*innen mit überhöhten Mieten zu knapp 7 Mio. Euro im Monat bzw. 84 Mio. Euro Ersparnis im Jahr führen.
- Betrachtet man nur die Fälle, die eine Meldung an die Wohnungsämter abgegeben haben, Zahlen die Mieter*innen immerhin noch 337.000 Euro im Monat bzw. 4 Mio. Euro im Jahr mehr Miete, als rechtlich zulässig wäre.

Quelle: https://www.linksfraktion.berlin/themen/th/mieten-und-wohnen/detail/ueber-20000-verdachtsfaelle-auf-mietwucher-senat-muss-bezirke-unterstuetzen/

# Warum wir dem Bezirkshaushalt zugestimmt haben

Am 29.09.2025 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg den Bezirkshaushalt für die Jahre 2026/2027. Vorausgegangen waren dieser Entscheidung Diskussionen in den Fraktionen und Ausschüssen. Unsere Fraktion hat die geplanten Kürzungen in den Bezirks- und dem Landeshaushalt auf den unterschiedlichen Ebenen angeprangert und kritisiert.
Es ist ein Skandal, dass der Senat die Bezirke zu Kürzungen zwingt, in dem er ihre Pflichtausgaben nicht zu 100 Prozent gegenfinanziert. Wir waren bei den Demonstrationen #unkürzbar dabei. Und doch enthebt einen auch ein unauskömmlicher Haushaltsentwurf nicht der Verantwortung, politische Schwerpunkte zu setzen. Die Beschlussfassung über einen Bezirkshaushalt ist notwendig. Ansonsten übernimmt die Senatsverwaltung für Finanzen die Gestaltung des Bezirkshaushaltes und kann noch brutaler kürzen.
Die Vorlage für den Haushaltsplan aus dem Bezirksamt war keine solidarische und faire Verteilung, sondern einseitig zu Lasten der Jugendarbeit und des Jugendamtes aufgestellt.

Das Bezirksamt hat vor allem die grünen Stadträt*innen begünstigt und unrealistisch geringe Einnahmeerwartungen in ihrem Haushalt angesetzt. Die realistische Anpassung der Einnahmeerwartung an die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen ermöglicht sozialen Maßnahmen.

**Und so wurden mit Stimmen von Linken, SPD und CDU folgende zusätzliche Maßnahmen für den Doppelhaushalt beschlossen:**

- 100.000 € für die Finanzierung der Beförderung von Kindern mit Behinderung zu den Schulangeboten auch in Ferienzeiten, die bislang nicht ausfinanziert war und zu einem faktischen Ausschluss von Menschen mit Behinderung geführt hat.
- 45.000 € Sachausgaben für die Jugendarbeit
- 40.000 € für die Ausfinanzierung der Jugendverkehrsschulen
- 50.000 € für die Finanzierung der Busse, damit die Drittklässler zum Schwimmunterricht kommen können
- 10.000 € für ein digitales Scraping-Verfahren zur besseren Bekämpfung von Wohnraum-Zweckentfremdung durch illegale Ferienwohnung
- 460.000 € für aufsuchende Straßensozialarbeit
- 200.000 € für drei Stellen zur Verfolgung von Zweckentfremdung und Mietwucher

Die zuletzt genannten Maßnahmen betreffen das von mir verantworteten Sozial- und Wohnungsamt. Ich kann damit politisch Zeichen setzen im Kampf gegen Obdachlosigkeit und Mietwucher.

Regine Sommer-Wetter,
*Stadträtin für Soziales, Arbeit und Bürgerdienste*

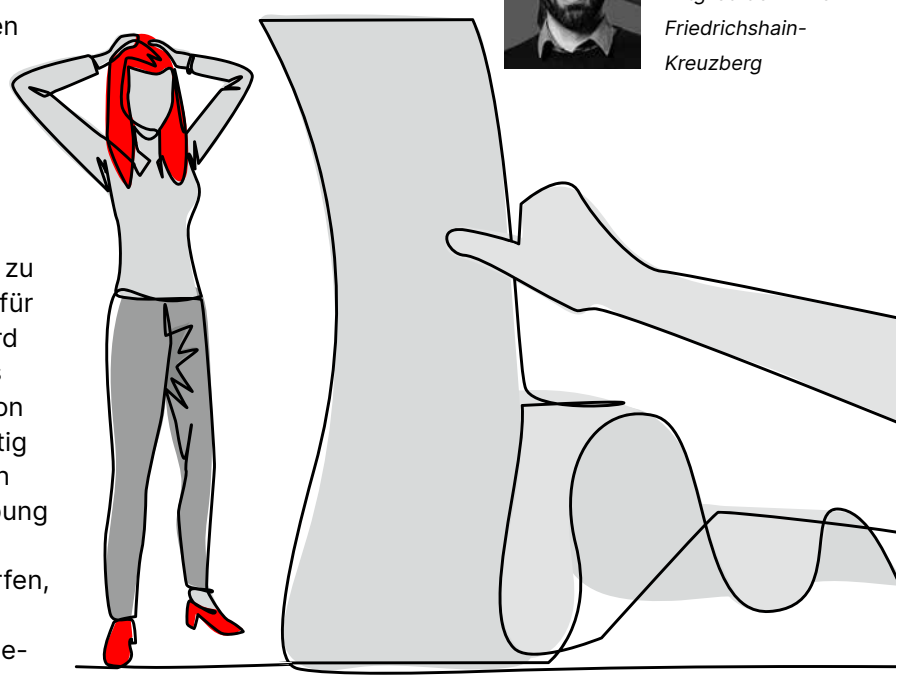
# Ohne Plan in die Pleite

Der Berliner Senat hat seinen Haushaltsplanentwurf für die kommenden zwei Jahre dem Parlament vorgelegt – es ist Flickenteppich aus kurzfristigen Lösungen, kopflosen Investitionen und ideologischen Kürzungen. Nur der Regierungswechsel in 2026 kann Berlin noch vor der finanzpolitischen Unfähigkeit von CDU und SPD retten. Es ist bereits seit einiger Zeit bekannt, dass in Berlin die Einnahmen und Ausgaben gefährlich auseinanderdriften. Der schwarz-rote Senat hat dies in den letzten beiden Jahren als Begründung für drastische Kürzungen benutzt. Besonders hart hat es die Kultur, soziale Träger und die Bezirke getroffen. Dieser Kurs wird nun in den kommenden beiden Jahren fortgesetzt, obwohl der Haushaltsentwurf mehrere Milliarden größer ist, als zuvor angekündigt.

## Mehr Geld und trotzdem Kürzungen

Das zusätzliche Geld wird mal mehr, mal weniger sinnvoll für Investitionen in die Infrastruktur genutzt. Dabei fällt die absolute Planlosigkeit des schwarz-roten Senates auf, denn wann, wo, welche Maßnahme umgesetzt werden soll, bleibt allzu oft unbeantwortet. Es wird dabei keine einzige Kürzung der vergangenen zwei Jahre zurückgenommen, stattdessen wird weiter gestrichen. Neben Kulturinstitutionen wie dem Kinderkulturmonat, Projekten der politischen Bildung und dem Klimaschutz wurde auch beim Verbraucherschutz und dem Tierschutz so massiv gekürzt, dass beide Bereiche drohen, ihre Arbeit vollständig einstellen zu müssen. Auch die Mobilität für die Ärmsten in der Stadt wird teurer: Der monatliche Preis für das Sozialticket steigt von 19 auf 27,50 Euro. Gleichzeitig werden aber sechs Millionen Euro für die Olympiabewerbung bereitgestellt. Anstatt einen langfristigen Plan zu entwerfen, wie Berlin in einigen Jahren wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt kommt, werden vom Senat Kredite aufgenommen und Rücklagen aufgebraucht. Dabei ließe sich mit einer langfristigen Haushaltsstrategie, gezielten Einsparungen von Prestigeprojekten und der Nutzung von Einnahmepotentialen, wie der Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf das Niveau von Brandenburg die Katastrophe noch abwenden. Wenn es 2026 endlich eine linke Regierende Bürgermeisterin gibt, muss sofort ein Kassensturz erfolgen und gegengesteuert werden. Nur so lässt sich ein soziales und ökologisches Berlin sicherstellen.

Christian Arnd,
*Mitglied der Linken Friedrichshain-Kreuzberg*



# Erbschaftssteuer: Gerecht geht anders!

Millionen Menschen müssen schon bei kleinen Erbschaften Steuern zahlen – sofern das Erbe nicht gerade von den allernächsten Verwandten stammt. Doch ausgerechnet Superreiche können ihre Milliarden fast steuerfrei weitergeben. Wie kann das sein? Schuld daran ist die nur wenig bekannte »Verschonungsbedarfsprüfung«: Großvermögen in Form von Unternehmensanteilen können demnach praktisch steuerfrei übertragen werden, wenn die Erben oder Beschenkten nachweisen, dass sie nicht genug liquide Mittel haben.

Diese Regelung gilt allen Ernstes erst für Erbschaften oder Schenkungen ab einem Wert von 26 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die mittlere Erbschaft liegt bei etwa 50.000 Euro. Das ist nicht nur zutiefst ungerecht. Es verschärft auch die soziale Schieflage.

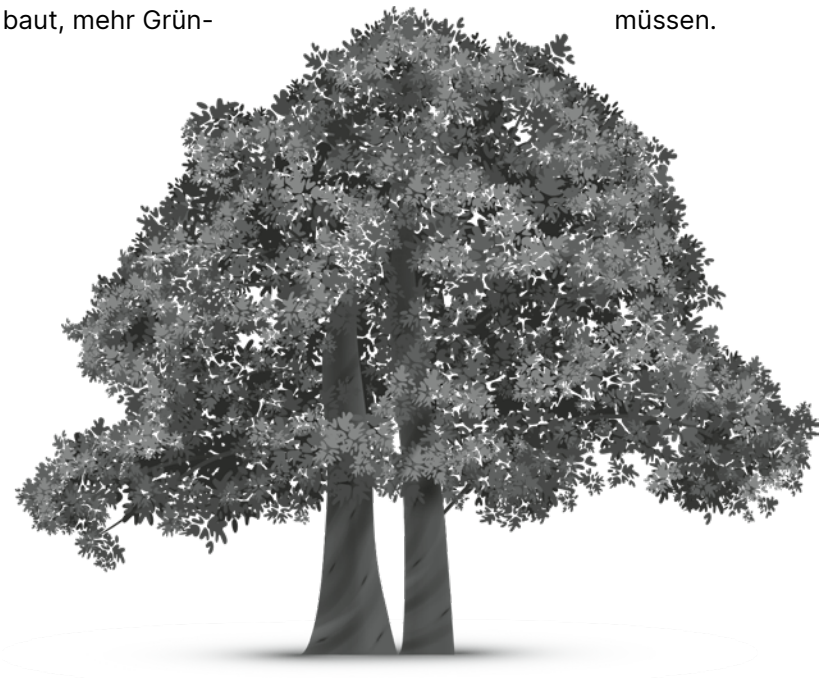
Ein prominenter Fall ist Friede Springer: Im Jahr 2020 schenkte die Patriarchin des Springer-Konzerns eine Unternehmensbeteiligung im Wert von sage und schreibe einer Milliarde Euro an Mathias Döpfner, den Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer SE – und mit Hilfe der Verschonungsbedarfsprüfung erreichte Döpfner tatsächlich, dass ihm ein erheblicher Teil der Schenkungssteuer erlassen wurde. Im Jahr 2023 waren es insgesamt 26 große Erbschaften mit einem Gesamtwert von rund 7 Milliarden Euro, die fast komplett steuerfrei übertragen – die Erben zahlten weniger als 0,1 % der Steuer. Allein die zehn größten Erbschaften hätten ohne legale Trickserei rechnerisch über eine Milliarde Euro mehr an Einnahmen für die öffentliche Hand gebracht. Doch auch dieses Geld fehlt jetzt an allen Ecken und Enden, wenn es darum geht in die marode Infrastruktur, in das Gesundheitssystem oder den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Während zugleich viele normale Haushalte unter hohen Verbrauchssteuern und einer hohen Einkommensteuer ächzen, machen sich die Superreichen auch hier einen schlanken Fuß. Die Linke fordert daher schon lange eine grundlegende Reform der Erbschaftssteuer: die Abschaffung der absurden Verschonungsregelungen für Superreiche, eine gerechte Besteuerung aller Vermögensarten, eine geringere Besteuerung von kleineren Erbschaften und deutlich höhere Steuersätze bei extrem großen Erbschaften. Und die Bundesregierung? Muss mal wieder zum Jagen getragen werden. Gemeinsam mit meiner Fraktion Die Linke werde ich im Deutschen Bundestag jedenfalls weiter Druck machen, dass auch sie hier endlich handelt. Denn das braucht es, um für eine gerechtere Besteuerung zu sorgen und die massive Ungleichheit in unserem Land wirksam zu bekämpfen.

Pascal Meiser,
*Mitglied des Deutschen Bundestages*

# Durchbruch beim BaumEntscheid

Am 03.11. tagt das Abgeordnetenhaus in einer Sondersitzung zum Volksbegehren »BaumEntscheid«. Der Gesetzesentwurf der Initiative, das sogenannte BäumePlus-Gesetz, wird dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einigen nicht wesentlichen Änderungen vom Senat angenommen. Der Beschluss wäre nicht nur ein großer Schritt für die Klimaanpassung und den Naturschutz in Berlin, sondern auch eine deutliche Kehrtwende des Berliner Senats. Während wir als Die Linke schon seit über einem Jahr den Vorschlag der Initiative unterstützen, hat der Senat noch im letzten Sommer dem Parlament empfohlen, das Volksbegehren abzulehnen. Inzwischen hat die Regierung einen Richtungswechsel vollzogen und unterstützt zentrale Anliegen der Initiative.

Dieser Erfolg ist maßgeblich dem Engagement der Initiative zu verdanken und kommt zur rechten Zeit: Berlin erlebt durch den menschengemachten Klimawandel immer mehr Hitzetage, zunehmende Trockenheit und mehr Hitzetote. Besonders ältere Menschen, Kinder, gesundheitlich Vorbelastete und Menschen, die in zu engen und schlecht gekühlten Wohnungen leben oder draußen arbeiten, leiden unter diesen Folgen des Klimawandels. Die Kernforderungen des Gesetzentwurfs, dass Berlin seinen Straßenbaumbestand von jetzt circa 440.000 auf eine Million bis zum Jahr 2040 ausbaut, mehr Grünflächen entstehen, Hitzeviertel gekühlt werden und die Klimaanpassung institutionell verankert wird, sind wichtige Schritte, um Berlin hitze- und wetterfest zu machen. Auch soziale Bedenken sind berücksichtigt: Zunächst sollen die Stadtteile umgestaltet werden, in denen Menschen schon jetzt durch Grünflächenmangel belastet sind und besonders vor Hitze geschützt werden müssen.



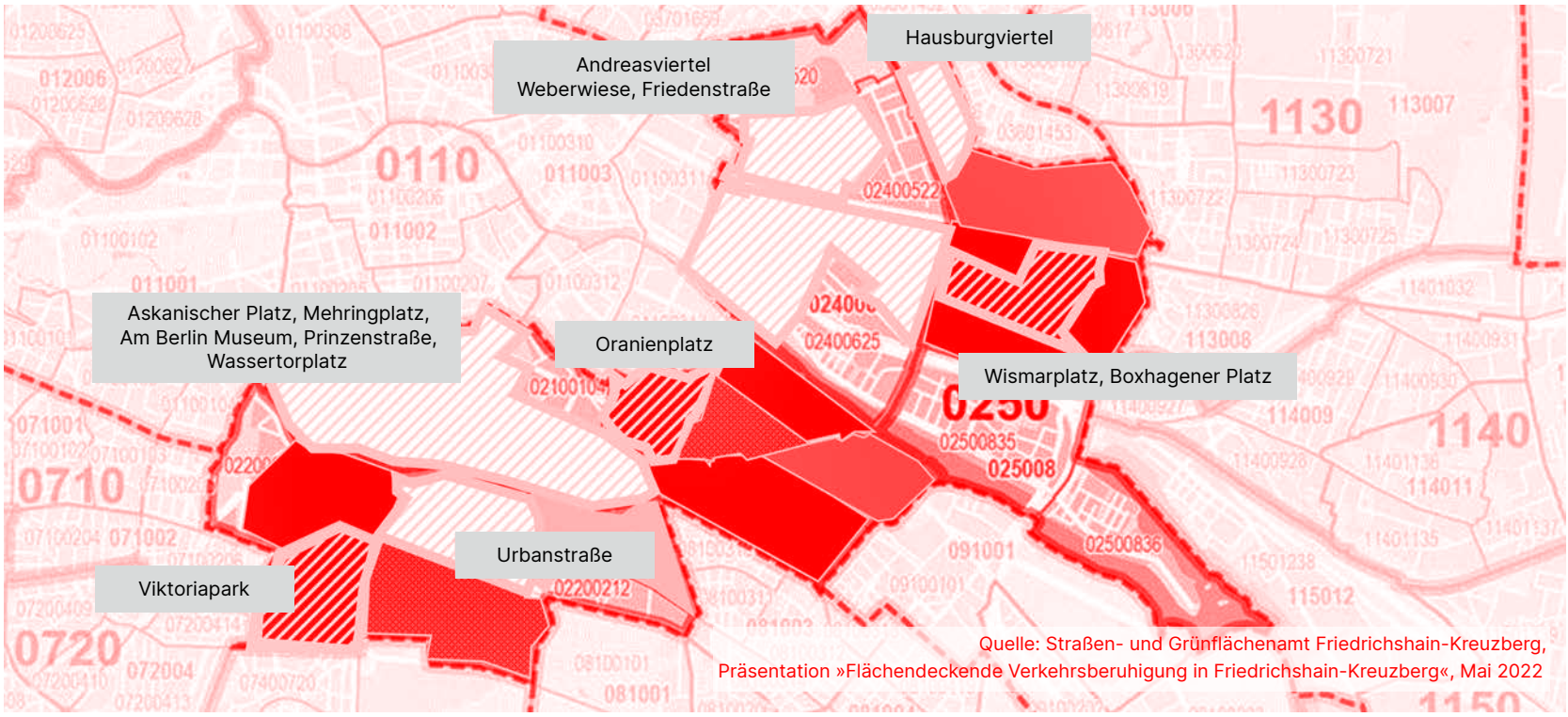
Der Knackpunkt des Gesetzentwurfs ist die Finanzierung. Die Umsetzung des Gesetzes würde viel Geld kosten, das der Kernhaushalt allein nicht aufbringen kann. Die Kosten werden jedoch voraussichtlich eher bei drei Milliarden als bei den ursprünglich veranschlagten sieben Milliarden Euro bis 2040 liegen. Die Finanzierung kann neben dem Haushalt vor allem aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes, auch Fördermitteln sowie über öffentliche Unternehmen erfolgen.

**Die Berliner*innen können sich nun aber über den Durchbruch des Baumentscheides freuen:**
Berlin als erstes Bundesland ein Klimaanpassungsgesetz beschließen und massiv in die grüne Infrastruktur investieren.

Michael Efler,
*Mitglied des Abgeordnetenhauses für Die Linke*

# Poller schützen Leben

## Das Konzept »Flächendeckende Verkehrsberuhigung«




Kiezblock-Anträge | Laufende flächenhafte Verfahren | Handlungsbedarf entsprechend gewählter Indikatoren | Sonstige flächenhafte Anträge

Das Bezirkskonzept[1], 2023 beschlossen, sieht für alle Regionen bezirksweit Maßnahmen mithilfe von Kiezblocks vor. Übergeordnete Ziele sind höhere Verkehrssicherheit für den Fußverkehr und Reduktion von Durchgangsverkehr in den Nebenstraßen. Dazu dienen folgende Maßnahmenblöcke: Querungshilfen, Temporeduktion, Schulzonen sowie Einbahnstraßen, Modale Filter (z. B. Diagonalsperren) und Fußgänger*innen-Zonen. Die Radverkehrsplanung oder auch die Parkraumbewirtschaftung sind ergänzend eigene Bereiche der Verkehrspolitik.

### Schlechte Umweltsituation und soziale Schieflage erfordern weniger Autos

Um zu einer Reihenfolge bei der Handlungsnotwendigkeit der Planungsräume zu kommen, wurden Daten aus dem Umweltgerechtigkeitsatlas zu Grünversorgung, thermischer, sowie Lärm- und Luft-Belastung (NOx) und sozialer Benachteiligung verwendet. Darüber hinaus Einwohner*innen-Dichte, die Anzahl der Grundschulstandorte nach Gefährdungslage und bereits abgeschlossene oder laufende Beruhigungen wie im Samariterkiez, Lausitzer und Chamisso-Platz und Wrangelkiez. Die höchsten Prioritäten der Planungsgebiete haben Urbanstraße (527 Punkte), Ostkreuz (506), Kreuzberg Nord 1 (497) – die niedrigsten Wrangelkiez (321), Bergmannkiez (299) und Stralauer Halbinsel (261).

Dieses Vorgehen, eine Priorisierung unter Einbeziehung von Umweltgerechtigkeit sowie sozialer Benachteiligung vorzunehmen, ist vorbildhaft – damit geraten auch Gebiete mit geringerem Bürgerengagement ins Blickfeld der Planer*innen. Der Ostkreuz-Kiez mit Platz 2 der Prio-Liste zwischen Revaler, Warschauer Str. sowie Frankfurter Allee ist momentan in der Umsetzung, danach muss es mit einem Planungsgebiet aus dem Kreis: Frankfurter Allee Nord , Karl-Marx-Allee Süd, Urbanstraße oder Kreuzberg Nord 1, weitergehen, will man mit den ermittelten Handlungsbedarfen Ernst machen. (siehe Abb.)

### Bürgerbeteiligung deutlich ausweiten

Für alle Planungen werden vom Bezirksamt Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Diese sind aber nicht ausreichend, weil zu wenige Bürger*innen erreicht werden. Oftmals kreisen die Informationen über solche Veranstaltungen nur verstärkt in interessierten, positiv gestimmten Milieus, andere Nachbarschaften werden nicht einbezogen, weil die Infos fehlen. Vielfach hören wir die Klagen »davon habe ich als Betroffene*r nichts mitbekommen«. Das Bezirksamt muss die Kommunikationswege erweitern, von Hauswurfsendungen über Plakate bis hin zu Socialmedia-Posts.

### Unfälle und Gesundheitsgefahren sinken, Aufenthaltsqualität steigt

Intelligent angelegte Kiezblocks führen zu deutlich geringeren Autoverkehr in den Wohngebieten, zu weniger Lärm und Abgasen. Und damit einher gehen die Unfälle deutlich runter. 2024 im Neuköllner Reuterkiez wurden 40 Prozent weniger Unfälle verzeichnet, es gab keine Schwerverletzten mehr (2023 waren es noch 6) und die Zahl der Leichtverletzten sank um 56 Prozent. Und auf andere Gesundheitsgefährdungen wirkt Verkehrsberuhigung ebenfalls positiv. Laut Umweltbundesamt sterben mehrere Hundert Menschen vorzeitig jedes Jahr in Berlin aufgrund von Straßenverkehrslärm oder Abgasbelastung, vornehmlich in den hoch belasteten Innenstadtbezirken. Diesem Schicksal entgehen somit zahlreiche Menschen durch Kiezblocks. Poller gefährden nicht Leben, sondern schützen es. Fragt man Feuerwehr oder Rettungsdienste, so sind es Falschparker an Kreuzungen, Einmündungen und in schmalen Straßen, die deren Wege blockieren.

Den Kiezblocks die Finanzmittel zu streichen, war die letzte Frechheit der Autosenatorin Bonde, instruiert vom Autolobbyisten Stettner der CDU-Fraktion. Deren Kampagnen gegen Poller, orchestriert von der Springer-Presse, werden kein Erfolg haben, weil die große Mehrheit der Bürger*innen die Steigerung der Lebensqualität schätzt und die Sicherheit für Kinder allerorten erkannt wird.

1 Drucksache der BVV DS/0827/VI / Geplante Maßnahmen: www.xhain-beruhigt.de

Karl-Heinz Ludewig,
*Mitglied in AG Linksverkehr*

# Verkehrspolitik konkret:
# Nix mit Demo gegen A100

Ich wollte Ende August zur Demo gegen die Eröffnung des 16. Bauabschnittes der Autobahn A100 vorm Estrel-Hotel und entschied, die U- und S-Bahn zu nehmen. Mit der U8 wollte ich am Bahnhof Hermannstraße auf die Ringbahn umsteigen. Doch ich kam nicht aus dem U-Bahnhof: Aufzug defekt. Also wieder eine Station zurückgefahren, dort raus auf die Straße und mit dem Handbike zum S-Bahnhof geradelt. Dann mit der Ringbahn bis Sonnenallee – auf dem Bahnsteig angekomnen, konnte ich die Demo schon hören. Doch auch hier der Aufzug kaputt. Im Gegenzug eine Station zurück mit der Absicht, zur Sonnenallee zu radeln. Schlecht Dinge sind drei – auch am Bahnhof Neukölln versagt der Lift. Mir blieb nur die Rückfahrt zur Hermannstraße.

Mittlerweile war es so spät geworden, dass ein Besuch der Demo keinen Sinn mehr machte: Mit dem Straßenumweg zur nächsten Station der U8 und der Fahrt zum Heimatbahnhof war ich dann nach über 2½ Stunden Rundreise in öffentlichen Verkehrsmitteln wieder zu Hause angekommen.

**Mein Fazit: Es würden 1 Prozent der Baukosten des A 100-Abschnittes in Höhe von 721 Mio. € ausreichen, um Aufzüge bein BVG und S-Bahn schnell zu reparieren bzw. so instand zu halten, dass Ausfälle sehr selten wären.**
Ich wurde wieder daran erinnert, wo die Prioritäten liegen.

Karl-Heinz Ludewig, *Rollifahrer*

# Flüchtlingsunterkunft Hasenheide:
# Wohnen statt Lager

Im ehemaligen Bürogebäude der Rentenversicherung an der Hasenheide soll bis Ende 2026 eine neue Unterkunft für Geflüchtete entstehen. In der Erstaufnahmeeinrichtung des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) sollen rund 700 bis 800 Menschen Platz finden. Auch wenn über die Eignung eines umgebauten Bürokomplexes gestritten werden kann, ist klar: Berlin braucht dringend mehr menschenwürdige Unterkünfte – und ein Ende von Lagern und Containern.
Doch bei den Planungen von LAF und der Senatsverwaltung für Soziales gibt es Kritik. Vorgesehen sind Großküchen statt Selbstverpflegung. Damit verlieren Bewohner*innen die Möglichkeit, ihr eigenes Essen zuzubereiten. Statt auf ein reines Catering-System zu setzen, hätte der Senat Mut zu einem Modellprojekt zeigen können, das gemeinsames und individuelles Kochen kombiniert.

Ursprünglich war zudem geplant, unbegleitete minderjährige Geflüchtete in einer eigenen Clearingstelle im selben Gebäude unterzubringen. Bis zu 240 Plätze waren vorgesehen, dazu zwölf Willkommensklassen. Bezirk und Flüchtlingsrat warnten jedoch eindringlich vor der Vermischung von Jugendlichen mit erwachsenen Bewohner*innen – ein klarer Verstoß gegen Kinderschutzstandards. Dass diese Pläne nun verworfen wurden, ist ein wichtiger Erfolg.
Die neue Unterkunft liegt in unmittelbarer Nähe zur Düttmann-Siedlung – einem Gebiet, das sozial stark belastet ist. Viele Bewohner*innen leben in Armut, viele haben selbst Migrationsgeschichten. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg befürchtet, dass die zusätzliche Belastung ohne flankierende Maßnahmen zu Überforderung führt. Um Integration und Teilhabe zu ermöglichen, fordert der Bezirk daher jährlich 2,1 Millionen Euro vom Land Berlin.
Die Sozialverwaltung des CDU-SPD-Senats verweist jedoch auf fehlende Zuständigkeit.

Das ist unverantwortlich. Wer Geflüchtete in ohnehin belasteten Quartieren unterbringt, muss zugleich den Sozialraum stärken. Ohne diese Unterstützung bleibt das Versprechen der Willkommenskultur ein leeres Wort – und Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe in der Pflicht. Trotz aller Herausforderungen sendet die Nachbarschaft ein starkes Signal: Das neu gegründete **Willkommensbündnis Hasenheide** engagiert sich aktiv für Integration und gegenseitige Unterstützung. Anwohner*innen wollen Patenschaften übernehmen, Geflüchtete bei Behördengängen begleiten und bei Schulaufgaben helfen.
Wohnen statt Lager, das muss Maßstab bleiben. Geflüchtete verdienen Respekt, Teilhabe und Perspektive. Wenn Berlin zeigen will, dass Menschlichkeit kein Lippenbekenntnis ist, dann muss die Unterkunft an der Hasenheide mehr sein als eine bloße Notlösung: ein Ort des Ankommens, der Würde und der Hoffnung.

Thomas Lohmeier, *Mitglied der Linken Friedrichshain-Kreuzberg*

# Veranstaltungen

**Der Rote Laden**
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 4262687
E-Mail: info@dielinke-fk.de

**Bürozeiten:**
Montag: 9.00–16.00 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10.00–18.00 Uhr,
Mittwoch: 11.00–18.00 Uhr,
Freitag: Geschlossen

## Veranstaltungen November / Dezember 2025

**Pascal Meiser, MdB**
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507924
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

**Nächste Sprechstunden:**
Di., 18.11. , 15.30–17.00 Uhr,
Di., 09.12., 15.00–17.00 Uhr

**Kostenlose Rechtsberatung:**
Do., 13.11. und 04.12.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

Sprechstunde und Beratung
nur nach Anmeldung

---

**Elif Eralp, MdA**
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

**Sprechstunde:**
Mo., 15.12., 15.00–17.00 Uhr

**Aufenthaltsrechtliche Beratung:**
Do., 20.11. und 18.12.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

**Mietrechts-, sozialrechts- und arbeitsrechtliche Erstberatung:**
Do., 27.11. und 11.12.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

---

**Damiano Valgolio, MdA**
Sociale (Wahlkreisbüro)
Richard-Sorge-Straße 69 a,
10249 Berlin
Telefon: 0179 5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

**Kostenlose Rechtsberatung:**
Do., 20.11. und 18.12.,
jeweils 15.00–17.00 Uhr,
um Anmeldung wird gebeten

**Besucher*innenfahrt ins Abgeordnetenhaus mit Damiano Valgolio**
Mi., 05.12., 9.00–13.15 Uhr
Anmeldung an: wahlkreis@valgolio.de
bis zum 20.11. (begrenzte Plätze)

---

**Steffen Zillich, MdA**
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

**Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung** mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich):
Do., 13.11. und 11.12.,
jeweils 14.00–16.00 Uhr

---

**Michael Efler, MdA**
Weidenweg 17, 10249 Berlin
efler@linksfraktion.berlin

**Sprechstunde:**
Fr., 14.11. und Di., 18.11. sowie 12.12.,
jeweils 10.00–12.00 Uhr

**Mietberatung:**
Mo., 24.11., 17.00–19.00 Uhr

**Migrationsberatung:**
Di., 25.11., 16.00–18.00 Uhr

# Kreuzberger 3-Teilung = Linke 3-fach-Power

Historisch gab es im Ortsteil Friedrichshain schon von Beginn an bei der Linken mehrere Ortsverbände, bedingt durch die größere Mitgliederzahl im Vergleich zu Kreuzberg. Die massive Eintrittswelle der letzten Monate führte dazu, dass sich die Ortsverbände in ihrer Größe anglichen. Kreuzberg wuchs enorm von 400 auf über 1.100 Genoss*innen. Um arbeitsfähig zu bleiben, wurde der Ortsverband im Oktober dreigeteilt in Kreuzberg West, Kreuzberg Zentrum sowie Kreuzberg Ost. In den kleineren Einheiten können neue und auch alte, bisher inaktive Mitglieder besser integriert werden und die Ortsverbände werden intensiver in den einzelnen Kiezen arbeiten können – jetzt also mit 3-fach-Power. Getreu unserem Motto:

**Niemals allein – immer gemeinsam!**

# Neues von der Initiative-Grüner-Richard-Sorge-Kiez

Hier ein paar Eindrücke der Pflanzaktion im Kiez. Mehr 150 bienenfreundliche Büsche und Sträucher wurden gepflanzt mit tatkräftiger Unterstützung von Michael Efler, Mitglied des Abgeordnetenhauses der Partei »Die Linke«. **Der Kiez freut sich auf einen blühenden Frühling 2026!**

# Termine Ortsverbände

Ortsverband
**Friedrichshain Südost**
- **Mitgliedertreffen:**
  Mo., 10.11., 25.11. und 08.12.,
  jeweils 19.00 Uhr, Roter Laden

---

Ortsverband
**Friedrichshain Nordost**
- **Mitgliedertreffen:**
  Do., 06.11., 20.11., 04.12. und 18.12.,
  jeweils 19.00 Uhr, Roter Laden

---

Ortsverband
**Friedrichshain West**
- **Stammtisch:**
  Do., 27.11. ab 19.00 Uhr im Degendorff, Petersburger Str. 74 a,
  Dezember-Termine per E-Mail erfragen

---

Ortsverband
**Kreuzberg Ost**
- **Mitgliedertreffen:**
  Do., 06.11. und 04.12.,
  jeweils 19.00 Uhr, Linkes Büro,
  Zeughofstr. 22

---

Ortsverband
**Kreuzberg Zentrum**
- **Mitgliedertreffen:**
  Do., 06.11. und 04.12.,
  jeweils 19.00 Uhr,
  Familiengarten, Oranienstr. 34

---

Ortsverband
**Kreuzberg West**
- **Mitgliedertreffen:**
  Termine stehen noch nicht fest

---

**Gesamt-Kreuzberger Stammtisch**
Mo., 17.11. und 15.12.,
jeweils ab 19.00 Uhr,
Ort steht noch nicht fest

# Bitte unterstütze
Die Linke in Friedrichshain-Kreuzberg
**AKTIV!**

## Mitglied werden
www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden

## Spenden an Die Linke LV Berlin
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

Die Linke
Friedrichshain-Kreuzberg

**Impressum:**
Redaktionsschluss: 31. Oktober 2025
Herausgeberin: Die Linke Friedrichshain-Kreuzberg, Telefon: 030 4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

**www.dielinke-fk.de**
**www.facebook.com/dielinke.fk**
**Instagram: @dielinke.fk**

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.), Damiano Valgolio
**Kontakt Fraktion Die Linke in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:**
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: 030 90298 2599
**E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de**